

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

108 (10.5.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 28 M.; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruher Abgaben abgeholt 2 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M. Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftsstelle in der Redaktion: Luisenstr. 24. Preis pro Heft: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonizelle 2.40 M., auswärts 2.80 M. Die zweiseitige 7.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Anzeigen schluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Antwort der Russen wird heute überreicht

Das Schicksal der Konferenz in 2-3 Tagen entschieden? — Austausch von englisch-französischen Liebeserklärungen zwischen Poincaré und Lloyd George

Die russische Antwortnote wird Nachrichten zufolge Mittwoch vormittag überreicht werden. Ueber den Inhalt der Note berichten die Blätter, daß die Note sehr konstant laute, so daß sie die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen bildet. — Wie die „Kosische Zeitung“ meldet, nehmen die Russen sämtliche Bestimmungen des Memorandums der Alliierten mit Ausnahme der Artikel 1 und 7 (Propaganda und Wiederherstellung des Privatigentums) an. Sie verlangen einige Änderungen des Artikels 7 und außerdem die bedingungslose Zustimmung einer Kasse von 200 Millionen Fund.

In 2-3 Tagen Klarheit?

Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ berichtet aus Genua, in spätestens 2-3 Tagen werde sich das Schicksal der Konferenz und vielleicht auch weiterer Dinge entscheiden. Barthelemy ist zurückgekommen, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den Russen die Schuld zuzuschreiben. Es sei aber ziemlich sicher, daß die russische Antwort nicht gänzlich ablehnend lauten werde, denn die russischen Vertreter schienen die Lage so klar zu beurteilen, wie alle anderen.

Die Russen fragen nach Frankreichs Haltung

Die russische Delegation hat einen von 4. ds. Mts. datierten Brief Tschitscherins an Schanzer veröffentlicht, worin gefragt wird, ob die französische Delegation nunmehr ihre Zustimmung zu dem Memorandum gegeben habe, und wenn nicht, welches die Bedingungen seien, die das Memorandum billigen. Die Übergabe der russischen Antwort auf das Memorandum der politischen Unterkommission wird morgen mittag erwartet.

Englands Bemühungen — Frankreichs Solidarität mit Belgien

Paris, 9. Mai. Wie die „Agentur Havas“ halbamtlich veröffentlicht, wird in offiziellen Kreisen angenommen, daß die englische Delegation sich in Genua bemüht, die Verhandlungen mit den Delegierten von Moskau wieder aufzunehmen, im Falle diese nicht mit einem kategorischen Nein antworten würden. Die französische Regierung sei fest entschlossen, ihre Solidarität mit Belgien aufrechtzuerhalten. Die Entente zwischen zwei Ländern habe niemals die Unterordnung des einen unter das andere bedeutet. Man dürfe sich nicht wundern, daß die gegenseitige Hilfe in Genua verbreitet und heimlichlich von den ausgesprochenen Gegnern Frankreichs unterstützt würde. Sollte jedoch das Unmögliche wahr werden und die englische Regierung eine derartige Stellung einnehmen, so glaube man allgemein, daß die öffentliche Meinung Frankreichs sie als absolut unannehmbar bezeichnen würde.

Eine neue Formel für eine Verständigung zwischen Rußland und der Entente

Ein Communiqué der Agencia Stefani weist auf die vermittelnde Tätigkeit der italienischen Delegation und besonders des Außenministers Schanzer hin, der, wie berichtet wurde, eine neue juristische Formel für den Artikel betreffend das Privatigentum in Rußland, der den Hauptgrund für die Differenzen bildet, vorgelegt habe. Nach Schanzers Vorschlag soll der Grundbesitz des russischen Staatsbesitzes der nationalisierten Güter formell anerkannt werden, während andererseits den früheren Besitzern die Ausübung der Güter selbst zugesichert werden soll. Diese Formel bildet somit einen Mittelweg zwischen den beiden einander gegenüberstehenden Auffassungen.

Den Russen werden die Vorteile der Ententevorschläge dargelegt

Im Auftrage des Präsidenten der Konferenz ist der russischen Delegation ein Memorandum überreicht worden, das Ausführungen über die finanziellen Vorteile gibt, die aus dem Abschluß eines Vertrags auf Grund des Memorandums der Unterkommission sich für Rußland ergeben würden. Diese Schrift ist veranlaßt worden durch die Unterredung Schanzers mit Tschitscherin. Letzterer hatte den Wunsch ausgesprochen, die ihm von Schanzer vorgelegten Dokumente in zusammengefaßter Form zu erhalten. In dem Memorandum ist die Dilemma, die die Mächte Rußland zukommen lassen, näher umschrieben. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Vorschlägen nicht um eine Reihe von diplomatischen Zugeständnissen handelt, sondern im Gegenteil um ein praktisches System für den Wiederaufbau Rußlands.

Englisch-französische Freundschaftsbeteuerungen

Poincaré hat sich England — Lloyd George hat immer Frankreich geliebt. Havas teilt mit, infolge der Erregung Lloyd Georges über einen an den englischen Vorkämpfer in Paris gerichteten Brief Poincarés zur Frage des Memorandums an die Russen, in denen nur die Sympathie Frankreichs zu Belgien erwähnt wird, hat Ministerpräsident Poincaré am 7. Mai dem englischen Vorkämpfer ein neues Schreiben geschickt, in dem er erklärt, er sei nicht auf die Auslegung gefaßt gewesen, daß Frankreich die Freundschaft mit England vergeren hätte, wenn es an seine

Sympathie an Belgien erinnere, ohne die erstere ausdrücklich zu erwähnen. Es gäbe keinen Franzosen, der sich nicht des englisch-französischen Zusammenwirkens vor, in und nach dem Kriege erinnere und der nicht von ganzem Herzen die Fortdauer dieser freundschaftlichen Beziehungen wünsche. In einer Frage jedoch, die allgemeines Interesse zu besitzen scheint, die an den Grundfragen des Privatigentums rührt, sei es natürlich gewesen, daß Frankreich von 2 Verordnungen, für die es die gleiche Freundschaft bege, nicht denjenigen verweigern konnte, dem es besonderen Wert schenke.

Die britische Delegation gibt dem Wortlaut des Briefes Lloyd Georges an Barthelemy bekannt, auf den der letztere mit seinem bereits veröffentlichten Schreiben geantwortet hat. In dem Brief Lloyd Georges heißt es:

Ich bin benachrichtigt worden, daß heute in englischen Zeitungen ein Bericht über unsere Unterredung vom Samstag erschienen ist, wonach ich erklärt haben soll, daß die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien zu Ende sei, und daß meine Aufgabe in mich bringen, ein Abkommen mit Deutschland zu schließen. Ich habe bereits Herrn Chamberlain, der sich während meiner Abwesenheit als Premierminister vertritt, erzählt, diese böswilligen Erfindungen heute nachmittag im Parlament zu dementieren, und ich würde Ihnen sehr verbunden sein, wenn Sie über diese beiden Behauptungen widersprechen würden. Ich erlaube mir, weil ich, wie Ihnen bekannt ist, die französisch-britische Zusammenarbeit zu hoch schätze, um zuzulassen, daß in der Öffentlichkeit lächerliche Behauptungen über diesen Gegenstand verbreitet werden, und dies in einem Augenblick, der von der größten Wichtigkeit für die Beziehungen der beiden Länder ist. Lange vor dem Kriege bin ich ein aufrichtiger Anhänger der Entente zwischen Frankreich und England gewesen, und für mich wie für jeden Engländer hat diese Freundschaft umso größeren Wert, als sie durch die gemeinsamen Opfer gefördert worden ist. Daher mein lebhafter Wunsch, daß nichts geschehen möchte, was die Aufjüngung unserer beiden großen Demokratien trennen könnte, deren Zusammenhalten von so großer Wichtigkeit für den Frieden Europas ist.

Rußlands Antwort entgegenkommend — Frankreichs Haltung weiter unerschrocken

Der russische Delegierte Katowitsch erklärte einem Journalisten, daß die Antwortnote der russischen Delegation sich auf durchaus praktischen Wünschen beruhe und eine Grundlage für weitere Diskussionen bilde. Allerdings müsse die russische Delegation die Forderung Barthelemys nach einem einseitigen Ja oder Nein ablehnen, denn die Konferenz von Genua sei keine Konferenz, wo der Sieger dem Besiegten seinen Willen diktiert könne. Man sei hergekommen, um auf gleichem Fuße zu verhandeln und darauf werde von dieser Formel der Gleichberechtigung nicht abgehen.

Die Agentur Havas glaubt zu wissen, daß der französische Ministerpräsident im Laufe seiner Sitzung am Dienstag die von dem Ministerpräsidenten an die französische Abordnung in Genua gegebenen Weisungen genehmigt und bestätigt hat. Ferner soll der Ministerpräsident den Fall in Erwägung, daß eine weitere vermittelnde Fassung für den Artikel 7 der Denkschrift an die Sowjetregierung vorgebracht werde, um die Zustimmung Frankreichs und Belgiens zu erreichen. Die Regierung der Alliierten in dieser Hinsicht keine Zugeständnisse zu machen. Sie ist wie bisher der Ansicht, daß das Recht der französischen Staatsangehörigen über ihr privates Eigentum streng gewahrt werden müsse. Wenn auch die belgische Regierung, so unmaßgeblich dies auch sei, eine neue Formel annehmen würde, so würde sich die französische Regierung nur anschließen, wenn sie ihre volle Genehmigung in dieser Frage des Privatbesitzes erteilt.

Alle Vergünstigungen für Deutschland beansprucht auch Frankreich

Nach der „Chicago Tribune“ wird die französische Regierung die amerikanischen Note über die französischen Kriegsschulden erst nach der Genueser Konferenz beantworten. Wenn die russischen Kriegsschulden bei Frankreich auf Drängen der Verbündeten in Genua herabgesetzt oder ihre Rückzahlung aufgeschoben würde, werde die französische Regierung fordern, daß diese Gewinnsätze auch bei der Schuldenerregulierung zwischen Amerika und Frankreich zur Anwendung kommen. Falls die Verbündeten Frankreich drängen, Deutschland außer dem Moratorium für 1922 ein weiteres Moratorium zu gewähren, werde Frankreich die gleiche Vergünstigung von Amerika verlangen.

Abnahme neuer Verhandlungen mit der Reparationskommission

Die deutsche Antwort. Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der Reparationskommission vom 18. April, in der sich die Reparationskommission bereit erklärt, jede praktische Anregung zu prüfen, die von der deutschen Regierung zur Lösung der Schwierigkeiten, in der sie sich befindet, vorgebracht wird, wird heute (Mittwoch) überreicht werden. Die deutsche Antwortnote, die einen Weg zu weiteren Verhandlungen eröffnet, war Gegenstand der Besprechung der Parteiführer, die in die Reichskanzlei geladen waren. Finanzminister Dr. Hermes erläuterte in großen Zügen die Antwortnote.

Zeugnisse und Tatsachen für den Achtstundentag

Gesteigerte Arbeitsleistung — Arbeitszeitverlängerung oder verbesserte Technik?

Aus der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve“ kann die „Frankf. Zig.“ bereits Auszüge über die Entwicklung der Arbeitsleistung bringen. Das Ergebnis von Untersuchungen bei industriellen Werken wird da wie folgt wiedergegeben: In einem großen chemischen Werk wurden verschiedene Betriebe ergaßt auf die Veränderung der Arbeitsleistung untersucht, und zwar in sehr detaillierter sorgfältiger Weise. Hier geben wir nur die Endresultate wieder.

Stundenleistung	1910/14	1919	1920	1921	Ja/Febr 1922
1) Käferei u. Schreineri	100	94	95	102	120
2) Dreherei	100	51	86	107	110
3) Schmiede	100	88	106 1/2	110 1/2	—
4) Einfüllen von Natrstoff in Büchsen ohne Afford	100	—	85,8	86,7	—
5a) Kohlenladen (Hand)	100	—	71,5	62,8	—
5b) „ (am Dampftram)	100	70	79	79	91,7

Aus der Tabelle ist ersichtlich, wie von Jahr zu Jahr die Arbeitsleistung sich dem Friedensstand nähert, ja bei 1. und 2. sogar darüber beträchtlich hinausgeht. Wie einzelne Zusammenfassungen das Ergebnis bekräftigen, ergibt sich u. a. daraus, daß in den Betrieben 1. bis 3. hauptsächlich alterprobierte Arbeiter, in Betrieb 4. aber viele noch nicht eingewöhnte Leute beschäftigt sind.

Eine weitere Tabelle beschäftigt sich mit den Ergebnissen in einer großen Maschinenfabrik, wo namentlich der Unterschied zwischen der Betriebsintensität und Arbeitsintensität gezogen wird. Es ist da zu lesen:

Unter Betriebsintensität versteht der Gewährsmann die Stundenleistung des Werkes dividiert durch die Gesamtzahl der Arbeiter, während er bei der Arbeitsintensität die Stundenleistung lediglich durch die Anzahl der unmittelbar „produktiven“ Arbeiter dividiert. Er zählt allerdings zu den produktiven Arbeitern auch die in der Werkzeuggestaltung, den Prüf- und Kontrollräumen beschäftigten.

	1919	1920	1921
Betriebsintensität	100	132	135
Arbeitsintensität	100	149	154

Zu den Zahlen bemerkt das Unternehmen, daß einerseits die in die Augen springende Erhebung in erheblichem Umfang aus organisatorischen Maßnahmen sich erkläre, andererseits aber die Leistung im Jahre 1921 durch veränderten Geschäftsgang ungünstig beeinflusst sei.

Eine weitere Anfrage erging an eine Blei- und Zinnfabrik, die folgendes berichtet:

	1. Quartal 1911	1. Quartal 1919	1. Quartal 1920	1. Quartal 1921	1. Quartal 1922
Beschäftigt	9 Mann	9 Mann	9 Mann	7 Mann	7 Mann
Produktionswert	100	100	100	122	122

Die Berichterstatterin bemerkt zu diesem günstigen Bild der Arbeitsintensität, daß die Arbeiter im Betrieb in fleißig waren, was auf die günstigen gesundheitlichen Arbeitsbedingungen zurückzuführen sei.

Nicht nur Private geben solche Antworten, auch von amtlicher Stelle wird dasselbe berichtet. So schreibt das Reichs-Verkehrsministerium über die Leistungen der Werkstättenarbeiter:

Die Angaben der einzelnen Werkstätten für diese Mehrleistungen sind sehr verschieden. Es darf im Mittel angenommen werden, daß der Umfang der Arbeit um 30 Prozent größer ist als im Frieden. Es folgt daraus, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt den Friedenswert erreicht, in einzelnen Abteilungen die Friedensstagesarbeit übersteigt hat.

Diese Auskünfte bestätigen, was wir erwartet haben: Die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden wurde zu einem starken Antrieb für Verbesserung der Betriebsorganisation und Arbeitstechnik, und auf diese Art wurde nicht nur der Zeitausfall wettgemacht, sondern aus kürzerer Arbeitszeit auch jetzt eine größere Produktivmenge als vorher.

Den süddeutschen Metallindustriellen stellen diese Ergebnisse das Zeugnis aus, daß sie entweder als Betriebsorganisatoren rüchändig sind oder daß sie in kurzfristiger Weise die Gewinne aufgeschiebert und verteilt haben, statt einen entsprechenden Teil für Verbesserung des Produktionsapparates aufzuwenden. Vielleicht kommen die Herren mit dem Einwand, daß wahrscheinlich keine von dem Bearbeiter der „Wirtschaftskurve“ befragten Unternehmen gerade die 48-Stundenwoche haben, um deren Einführung die süddeutschen Industriellen kämpfen. Möglich. Aber ganz gewiß können zwei (nach den jüngsten Zugeständnissen des DWA, sogar nur eine) Stunde in der Woche nicht die Ergebnisse umwerfen.

Grundsätzlich bleibt es dabei: den Betrieb gut organisieren und ihm eine gute Arbeitsrüstung geben, ist wesentlich lohnender als Verlängerung der Arbeitszeit.

Schweizer Brief

Der „freie Rhein“ — Legislativebehörde und Staatsbeamte in Basel

Basel, 8. Mai.

Der Kampf um den freien Rhein war zu den letzten Wochen des Jahres 1921 in der Schweiz und in der politischen Tagespresse hat das Thema seinen auch nach außen wirkenden Niederschlag gefunden. Es gab keine Zeitung in der Schweiz, die nicht täglich dem Bundesrat die Mahnung gegeben, er solle gegen die französischen Annahmen handhaft bleiben und sich in keiner Weise erweichen lassen, von dem einmal eingenommenen schweizerischen Standpunkte in der Rheinfrage abzuweichen, daß der Rheinstrom als Schiffsverkehrsstraße Gemeindut aller angrenzenden Völkerstaaten sei. Überall im ganzen Lande haben Versammlungen stattgefunden, in denen diese Auffassung bekräftigt und der Bundesrat in seinem Widerstand gegen die französischen Nachgiebigkeit bekräftigt werden soll. Von bündnerischer Seite wurde auch in feierlicher Weise versichert, daß von schweizerischen Standpunkte in der Rheinfrage kein Zota abzuweichen werden soll. In diesem Sinne wurden auch die nach Straßburg zur Konferenz der Rheinischschiffahrtskommission abgeordneten Delegierten der Schweiz instruiert. Aber plötzlich werden die schweizerischen Delegierten vor ein fait accompli gestellt; es wurde ihnen eröffnet, daß mit Ausnahme der schweizerischen Delegierten alle anderen Vertreter sich dem französischen Standpunkt angeschlossen haben, daß zunächst das erste Teilstück Basel-Kembs des geplanten französischen Rheinseitendonals erstellt, und gleichzeitig auch ein Rheinstraßenwerk bei Kembs. Im Zusammenhang damit soll die Regulierung der Rheinstraße Basel-Straßburg in Angriff genommen werden, deren Kosten sich auf die Schweiz, Deutschland und Frankreich verteilen sollen. Diese Lösung kann aber auf keine Weise der Schweiz genügen und die schweizerischen Delegierten an der Straßburger Konferenz waren so dieser „Lösung“ etwas verblüfft, daß sie eine Vertagung der Konferenz verlangten, um neue Anhaltspunkte in den zu holen. Es kam zu neuen Beratungen, zu denen auch die Basler Regierung zugezogen wurde. Aber auch in Bern war man über diesen von französischer Seite vorgeschlagenen Kompromiß nichts weniger als erbaulich, etwas noch zu retten. Die Basler Regierung stellt nun die Forderung, daß die ganze Rheinabseitsseite einem neutralen Schiedsgericht unterbreitet werde; mit dem Bau des Kembswerkes wolle man sich abfinden, aber der Bau weiterer Werke soll unterbleiben, auf der Regulierung des Rheines zwischen Basel und Straßburg soll besistert werden, ob der Kompromiß angenommen oder verworfen wird. Am Montag sind nun in Straßburg die Verhandlungen der Rheinischschiffahrtskommission wieder aufgenommen worden und es wird sich nun zeigen, in wie weit die schweizerischen Forderungen Berücksichtigung finden werden. Als ganz auffallend muß bezeichnet werden, daß selbst Holland und Deutschland — von Belgien gar nicht zu reden — dem französischen Kompromißvorschlag ihre Zustimmung gegeben haben, die doch immer die französischen Pläne als unannehmbar bezeichnet haben.

Die baskische Abstammung der Bevölkerung steht vor zwei folgenschweren Abstimmungen, über die am nächsten Sonntag die Entscheidung fällt. Von der bürgerlichen Fortschrittspartei wurde eine Initiative lanciert, nach welcher die Teilnahme der Staatsbeamten und Angestellten auf ein gewisses Maß zurückzuführen werden soll, denn zur Zeit hätten die Staatsbeamten das Uebermaß im Großen Rat und das wird als eine ganz unangelegene Erscheinung bezeichnet. Mit Ausnahme der bürgerlichen Fortschrittspartei nehmen alle übrigen bürgerlichen und auch die drei sozialistischen Parteien der Initiative gegenüber einen ablehnenden Standpunkt ein, aber daraus darf noch lange nicht auf die Verwerfung der Initiative geschlossen werden, weil die Parteien der Verwerfung ihrer Parteigebühren noch gar nicht sicher sind. So wie die Stimmung ist, kann sehr wohl mit einer Annahme der Initiative gerechnet werden.

Eine zweite Abstimmung berührt ebenfalls das Verhältnis der Staatsanstellungen und Beamten zum Staat. Der Große Rat hat ein neues Pensionsgesetz für seine bezu. des Staates Beamte und Angestellte ausgearbeitet und die Ansätze der Pension entsprechend den Verhältnissen erheblich höher gestellt. Das hat aber wiederum in bürgerlichen Kreisen stark verschuppt, wo man nicht verstehen will, daß man zu einem so hohen Lohn und Gehältern noch eine hohe Pension ausrichten soll. Doch in bürgerlichen Kreisen eine so starke Antipathie gegen die Staatsbeamten besteht, das hat seinen Grund darin, daß der Große Rat unter der einflussreichen Mitwirkung

der Staatsbeamten schwere den Mittelstand stark bedrückende Gesetze erlassen hat und dafür will sich nun der Mittelstand rächen und hat gegen die allgütige Anwesenheit der Beamten im Großen Rat die Initiative und gegen die „verschwenderrische“ Pensionierung der Beamten das Referendum ergriff. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß sowohl die Initiative wie auch das Referendum eine Volksmehrheit finden können, denn die Beamten haben mehr Gegner im Volke, als sie nur ahnen und die um ihrem Nachgefühl freien Lauf lassen werden.

Kampf gegen Senierung und wucherisches Gefindel

Aus Stuttgart wird berichtet: Vor einigen Tagen trat in Stuttgart ein Bund gegen Wucher und Senierung ins Leben, der alle Volksgenossen, die unter der fortschreitenden Teuerung leiden, umschließt ihrer parteipolitischen Einstellung und beruflichen Organisation zusammenfassen will zu einem Bund der Wucherer und Selbsthilfe gegen weitere Steigerung der Lebensmittelpreise und der Gegenstände des täglichen Bedarfs, gegen Verschleuderung von Nahrungsmitteln zur Alkoholbereiung, gegen Luxus und Verschwendung im privaten und öffentlichen Leben. Es fand im Gustav Siegle-Haus eine eindrucksvolle Kundgebung statt, an der sich alle Gewerkschaften und Verbände der Angestellten, die Hausfrauen und Müttervereine beteiligten.

Badische Politik

Noch ein Vorstoß der Zentrumsblätter für Aufhebung des gesetzlichen Maierfertages

Das Zentrumsblatt in Freiburg, die „Freiburger Tagespost“, tritt für die Aufhebung des Maierfertages als gesetzlichen Feiertag ein. Sie schreibt: Wir haben in Baden in diesem Jahre den 1. Mai noch als Feiertag gelten lassen. Und jeder, der nicht verstanden ist in rassistischen Auffassungen, wird diese Haltung des Parlamentes und der Regierung bei der Lagerung der Verhältnisse für richtig gehalten haben. Jetzt aber kann die Rücksicht auf diesen Feiertag nicht mehr in Betracht kommen. Die Frage, ob der 1. Mai in Zukunft im Lande Baden noch weiter als gesetzlicher Feiertag gelten soll, muß sobald wie möglich im Landtag besprochen und mit nein entschieden werden. Das verlangt der überwiegende Teil unserer Bevölkerung, das verlangt aber vor allem die deutsche Wirtschaft, die keinen unnötigen Ausfall an Produktion ertragen kann. Wir sind davon überzeugt, daß auch die große Mehrzahl der Arbeiter, die über die Kleinigkeit des gesetzlichen Feiertages hinaus denken können, unsere Auffassung richtig finden.

Auch das Freiburger Zentrumsblatt verurteilt seinen Vorstoß damit u. a. zu rechtfertigen, daß augenscheinlich in diesem Jahre viele Arbeiter statt zu feiern gearbeitet haben. Die weitere Behauptung des Blattes, die Beteiligung sei in diesem Jahre schlechter als früher gewesen, ist eine glatte Unwahrheit.

Aus einem Orkan für baskische Bauern

In Karlsruhe erscheint die „Baskische Wochen-Zeitung“, ein liebes Badisches, das vornehmlich die evangelischen Bauern lesen wird. Diese kleine Bauerzeitung drückt zustimmend die tiefste Anerkennung der Sozialdemokratie aus, die in der deutschen nationalen „Dampfer-Partei“ enthalten war.

Notes Wittlich, das sich aus irgend welchem Grunde die Führung der deutschen Arbeiterbewegung anmaßt, bemerkt sich bei der Resolution mit bemerkenswerter Ausdauer, alles was menschenliche Gerechtigkeit, alles was größer ist als es selber, alles was von seinem trüben Gehirn nicht begriffen wird, entweder anzuhäufeln oder zur Ablasterung seines Ansehens zu machen. Eiertümmel, den diesen Schätzeln herabrammeln mit irgendwelchen unverständlichen Denksprüchen, nennt dieses Blatt im deutschen Lande unbescheiden, freizeiglich und brüllt: „Seht uns an, das Sinnbild der deutschen Republik.“

Die Arbeiter haben teilweise noch ihren Spott an diesen merkwürdigen Geschöpfen, teilweise aber haben sie sich innerlich längst mit Ekel abgefunden und warten nur des Augenblicks, wo ein beherzter Mann die hohle Kreuze an den Hörnern packt und sie dahin führt, wohin sie gehört, in die Nähe des Misthaufens. Vorläufig aber haben wirs noch mit den Gefäßsäugern, dieser Welt zu tun, und der genaue Leser wolle sie bezichtigen, daß die Abwehr dieses Misthaufens sehr anfallt. Es ist Grund dazu vorhanden.

Die „Woch. Wochen-Ztg.“ wird in Karlsruhe in der Druckerei von J. J. Neiff, Markgrafenstraße 46, hergestellt. Ein Herr

J. J. Neiff ist auch der Schriftleiter des Blattes. Was sich leicht das „rote Mistvieh“ merken kann.

Die soziale Rechtsprechung

Bei der Position Landesversicherungsamt im Zusammenhang des Arbeitsministeriums bemerke im Monatsausgang ein Sozialdemokrat, es sei notwendig, daß bei der Ausübung der Richterämter die Staatsregierung nur sozial wirtschaftliche Personen bestimme. Das Landesversicherungsamt solle bestehen werden. Ihm schloß sich ein Redner des Zentrums an die Regierung sei verpflichtet, für die richtige Rechtsprechung zu sorgen. — Ein anderer Zentrumsredner bemerkte, der Richter könne nur die bestehenden Gesetze anwenden. — Der Arbeiterminister erklärte, diese Richter würden vom Staatsministerium ernannt; sie seien unabhängig und unabhöfbar. Wenn die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte den Amtsgerichten angeschlossen sind, tritt eine gewisse Erleichterung auf dem Wege ein.

Die Position Oberversicherungsämter veranlaßte den gleichen Redner der Sozialdemokratie zu der Frage, was um das Landesversicherungsamt bei Verurteilungen der Ehrenrechte nur das Verordnungsgericht Karlsruhe als zuständige erklärt haben? Am übrigen seien die Oberversicherungsämter so wichtig, daß sie nur mit ersten und in der Sache erfahrenen Richtern besetzt werden sollten. Der Richterpräsident Dr. Göttinger erklärte hierzu, diese Richter seien schon bezeugt; sie seien in Gruppe 11 und 12.

Bei der Landesversicherungsamt verlangt die organisierte Arbeiterschaft mehr Einfluß durch Vertretung der Referentenstellen aus ihren Kreisen. Was den Unfallberufungsstellen recht ist, muß für die Invalidenversicherung billig sein. Die Referenten dürfen von 3 auf 5 erhöht werden. — Diese Bemerkung machte ein Sozialdemokrat.

Ein Zentrumsredner erklärte hierzu, auch die Arbeitgeber könnten ähnliche Forderungen stellen. Arbeiter hätten es an sich schwer, solche Stellen zu besetzen, da man die Vorschriften, welche die Beamten im allgemeinen haben, nicht ausfüllen könne. Dem folgte ein demokratischer Redner an.

Die Position: Baskische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft führte zur Klage eines Sozialdemokraten, daß die Unfallrenten um 50 Proz. Verringerung aus den früheren Jahren bis heute noch keine Berücksichtigung erhalten; dies sei unerträglich. Die Festsetzung der ursprünglichen Höhe ist meistens noch durch die Langsamkeit, mit der hier die Maßgebenden Instanzen arbeiten.

Die Regierung sagt Abhilfe zu. — Ein Vertreter des Landtages befragt, daß manche auf dem Lande noch Renten erhalten, die solche gar nicht brauchen. Nur dem Bedürftigen sollte gegeben werden. Die Regierung schließt sich dem an.

Verlangt wurde noch sozialdemokratischerseits eine Neu-einteilung der Grenzgebiete der Arbeitslosenversicherung; sie seien auf die früheren Bezirkekommandos aufgebaut, das sei unzulässig.

Tagung des Volkskirchenbundes

In den letzten Tagen fand in Mannheim die Landesversammlung des Badischen Volkskirchenbundes statt, wobei die Versammlung des von Bisk. Gertl-Förstheim geleiteten „Bundes evangelischer Sozialisten“ mit dem „Badischen Volkskirchenbund“ vollzogen und damit der „Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten Süddeutschlands“ konstituiert wurde. In den Verhandlungen wurde der Kerngedanke des alten Programms des Volkskirchenbundes scharf herausgehoben, der in der Forderung besteht, auch das Völkler- und Wirtschaftswesen mit dem Geist Christi zu durchdringen und sich dazu des sozialistischen Ideals zu bedienen.

Das Bestreben zu der sozialistischen Weltanschauung, Gesellschafts- und Lebensänderung als dem aus religiöser Erkenntnis und aus christlichem Glauben erfließenden Ziel ist der Leitgedanke des Bundes. Ebenso klar und entschieden wurde aber auch ausgesprochen, daß sich der Bund keiner baskischen Partei verschreiben und den Mitgliedern in ihrer politischen Betätigung Freiheit läßt. Der „Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten“ ist weder eine Konfessionsunternehmung, noch ein Anhangsel der Sozialdemokratischen Partei, sondern, wie in der Tagung betont wurde, eine ganz allgemein sozialistisch und christlich geführte Kampfgemeinschaft auf religiösem Gebiet.

Im Laufe der Tagung hielt Pfarrer Dr. Lehmann in Mannheim eine Ansprache, worauf Hauptlehrer Kamm in Mannheim ein Referat über „Die Einseitigkeit als soziale und sittliche Volksverfälschung“ hielt. Der Redner forderte im Sinne der Bodenreform eine radikale Umkehrung des sittlich, religiös und kulturell vererbenden Bodenrechts. In einer öffentlichen Abendversammlung sprach Bisk. Gertl-Förstheim über „Kirche und Sozialdemokratie, Evangelium und Sozialismus“. Nach anregender Aussprache sang die Tagung mit einem Schlusswort des Landesvorsitzenden Dr. Dietrich Karlsruhe aus.

mit seinem dritten Spott: das Maß zum Maß nehmen, die letzte irdische Behauptung, die der Mensch braucht.

„Wie Ihr wollt“, gab er zurück, aber Ihr braucht Euch nicht zu genieren, laßt mir nur sagen, wenn Ihr so weit seid.“

Dieser Scherz hatte die arme alte Frau schon mehrmals anhören müssen, heute aber mußte sie sich zu einem Lächeln darüber recht zwingen. War es, weil sie sich müde und geschlagen von der Arbeit fühlte, die für ihr Alter viel zu schwer war, oder weil sie ein Silvester dachte? Er war ihr einigzig, der letzte ihrer Enkel, der seine Dienstadt antreten mußte, wenn er am Ende gar nach China geschickt wird, wo jetzt Krieg ist? und wird sie noch am Leben sein, wenn er wieder heim kommt? Eine große Angst überfiel sie bei dem Gedanken, Nein, sie war entschieden nicht mehr so frohinnig als es den Anschein hatte, und jetzt arbeitete es in ihren Zügen so heftig, als wollte sie weinen.

Es war gewiß, daß sie ihren lieben Silvester bald hergeben mußte, ihren letzten Entschloß und vielleicht mußte sie einsam sterben, ohne ihn wieder gesehen zu haben. Einige angesehene Leute in Raimpol hatten zwar Schritte getan, um Silvester dem Militärdienst frei zu bekommen, als den einzigen Ernährer einer Großmutter, deren Arbeitskraft dem Ende zuging; das Gesuch war aber wegen Silvesters älteren Bruders Jean abgelehnt worden. Dieser war dezentriert und man sprach in der Familie nicht mehr von ihm; er lebte irgendwo in Amerika und seine Tat hatte für den jüngeren Bruder die Wohlthat der Freisetzung von seiner Dienstadt bewirkt. Auch mit der Witte um die kleine Pension einer Seemannswitwe war sie abgewiesen worden — man fand sie noch nicht arm genug dazu. Am Abend sagte sie für ihre verstorbenen Enkel und Enkelin lange Gebete her, für ihren geliebten Silvester betete sie aber besonders inniglich. Sie bedachte einmütig, daß sie mal angesehene werden mußte, und das Herz schmeckte sich ihr aufzumachen.

Gaud Reibel war an ihrem Fenster sitzen geblieben; sie beobachtete die gelblichen Reflexe, welche die Abenddämmerung auf den Steinmauern warf, und sah den Schmalen zu, die doch in der Luft hin und her schwebten. Raimpol war selbst am Sonntag wie ausgeföhren, und nur sie und da gingen ein paar junge Mädchen zu zweien oder dreien, und trauten von den jungen Burtschen, die sich auf dem Reere von Island befanden.

(Fortsetzung folgt.)

Die Islandfischer

Von Pierre Loti (Fortsetzung.)

Obwohl Gaud kaum anderthalb Jahre älter war als der Kleine, so liebte und hülfte sie ihn doch wie ein rechtes Mütterchen. Sie war ebenso blond wie der Knabe klein, ebenso eigeninnig und launisch, wie er liebevoll und sanft war.

Sie erinnerte sich dieser Zeit ungesundener Freiheit wie eines halbvergangenen Traumes, wie einer unklaren, geheimnisvollen Zeit, wo die Nacht noch ausgebeuteter und die Klappen sicher noch gewaltiger gewesen waren. Gaud war kaum sechs Jahre alt, als ihr Vater zu Geld kam. Er hatte sich darauf verlegt, ganze Schiffsladungen aufzukaufen und wieder zu verkaufen, und da sich das als löhnend erwies, brachte er sein Kind nach Saint-Vreux, später sogar nach Paris. Aus der kleinen Gaud ward ein großes Mädchen von geistlichem Wesen und mit ernstem Blick, das Fräulein Marguerite genannt wurde. Wenn auch anders als am heimatischen Strand, so war sie auch hier gewissermaßen sich selbst überlassen und behielt ihren ungeborenen Eigensinn. Wohl hatte sie zufällig dies und das davon gehört, wie es im Leben ausgeht, eine angebotene Würde ihres Wesens leitete sie aber richtig. Es fiel ihr zuweilen ein, etwas Led aufzutreten und den Leuten allzu freie Dinge ins Gesicht zu sagen, auch jentle sie ihre schönen Augen nicht immer vor dem Blick junger Männer; diese Augen schauten aber so ehrenhaft in die Welt, daß die jungen Leute sich nicht darüber täuschen konnten, wie gleichgültig sie ihr waren, und daß sie es mit einem verständigen Mädchen zu tun hatten, dessen Herz ebenso unberührt und frisch war, wie ihre Wangen.

Gauds äußere Erscheinung hatte sich in der Stadt vielmehr verändert, als ihr Inneres. Ihre Gaud hatte sie zwar behalten, denn von dieser trennt sich eine Gretelinn schwer, sie hatte aber gelernt sich anders zu kleiden, und ihr kräftiger Körper hatte sich durch das Korsettragen allmählich sehr schön geformt.

Allmählich im Sommer brachte sie ihr Vater für ein paar Tage in die alte Heimat; da frückte sie die Erinnerungen ihrer Kindheit auf, und wurde von allen Leuten Gaud genannt. Sie hätte die tapferen Männer gern einmal gesehen, von denen so viel die Rede war, die waren aber im Sommer stets im hohen Norden, und Gaud hätte so viel vom fernen Island reden, daß

es ihr endlich wie ein schrecklicher Schlund erschien, der Jahr für Jahr so viele verschlingt. Eines schönen Tages kam es ihrem Vater in den Sinn, wieder ein sechshöftes Leben führen und seine Tage in der Heimat beschließen zu wollen; da nahm er seine Tochter aus der Pension in Paris weg und führte sie nach Raimpol in das massive Haus am Marktplatz.

Der Brief an Silvester Moan war fertig, der Großmutter vorgelesen und der Umschlag zugefloßt. Die alte Frau beknante sich vielmal und mochte sich auf den Heimweg; sie wohnte ziemlich entfernt in einem Keller, der zum Bezirk von Bourganez gehört und zwar in derselben Hütte, wo sie geboren war, so gut wie ihre Kinder und Enkel.

Als sie jetzt durch das Städtchen schritt, wurde ihr mancher respektvolle Gruß zuteil, einstimmte sie doch einem tapferen und hochgeachteten Fischergelechte. Nur einer so großen Sorgfalt und Sauberkeit wie der ihrigen, was es möglich, beinahe gut gekleidet anzusehen, obwohl ihre armen alten Sachen gar nicht mehr zusammenhalten wollten. Das Tuch, das sie um die Schultern trug, war einst ihr Hochzeitskleid und von blauer Farbe gewesen; zur Hochzeit ihres Sohnes Pierre war er braun gefärbt worden, und seit Jahrzehnten so gefärbt und nur am Sonntag getragen, daß er immer noch anständig ausfah. Auch ging sie nicht gebückt, wie die meisten ihres Alters, sondern hatte sich ihre aufrechte Haltung bewahrt, und trotz des ein wenig zu hohen Kinns mußte man sie noch hübsch nennen, denn das Profil war erstklassig fein und schön bildete die guten Augen aus dem freundlichen Gesicht.

In wie großer Achtung sie stand, das konnte man dem Gruß der Weggehenden entnehmen, und es gab in der Tat nur einen, der ihr nicht wohl wollte: einen verächtlichen Freier aus ihrer Jugend. Er war Fischer seines Zeichens, jetzt ein Knecht und lag immer vor der Haustür, während seine Söhne in der Werkstatt schafften. Es hieß, daß er sich nie darüber hätte trösten können, daß ihn die Jugendgelechte auch nicht in weiterer Ehe hatte nehmen wollen; mit zunehmendem Alter aber hatte sich die Liebe in eine launische Art von Groll und Rachsucht verandelt, und wenn sie des Weges kam, ließ er sie nie ungerührt vorüber.

„Guten Tag, schöne Frau Raimpol!“ rief er. „Nun, wann muß ich bei Euch Maß nehmen?“

Sie antwortete, daß es wohl noch ein wenig zu früh dazu sei; heut wolle sie es noch nicht bestellen. Der Alte meinte

Badischer Landtag

Ein Zentrumsvorsitz — Abstimmung über die Justiz-
anträge — Beratung des Unterrichts-
gr. Karlsruhe, 9. Mai.

47. Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Wittenmann eröffnet die Sitzung um 10.25 Uhr.

Ein kulturpolitischer Zentrumsvorsitz

Eingegangen ist ein Antrag der Abg. Dr. Schöfer (Zentr.)
und Gen., bei der Reichsregierung dahin vorzutragen zu werden,
daß die Volkshochschule nicht hinter der Simultanschule zurück-
bleiben soll.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Ich bitte, den Antrag bei der
Reichsregierung sofort im Rahmen zu behandeln.
Abg. Wittenmann (Zentr.): Der Antrag ist so wichtig und ein-
deutig, daß eine Kommissionbestellung nötig ist.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) bedankt sich für die Bestimmung,
daß die Volkshochschule nicht hinter der Simultanschule zurück-
bleiben soll.

Der Antrag Dr. Schöfer, den Zentrumsvorsitz zu be-
halten, wird mit 34 Stimmen der Demokraten, Liberalen Volks-
partei, des größten Teils des Landbundes, der Sozialdemo-
kraten, K.P.D. und Kommunisten gegen 31 Stimmen des Zentrums,
der Nationaldemokraten und des Abg. Hertle (Landb.) abgelehnt.

Der Zentrumsvorsitz geht danach an den Haushaltsausschuß.
Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Justizminister
Kraus, daß die Bemerkung des Abg. Ganemann über die Nicht-
erkenntnis des

Landgerichtsbesatz

zum Oberlandesgericht nicht zutrifft, da die ganze Frage im
Rechtsministerium überhaupt noch nicht zur Behandlung stand.
Die Frage wird nach den Bedürfnissen der Rechtspflege be-
handelt.

Abg. Marum (Soz.) wendet sich gegen die gestrige Ent-
scheidung des Abg. Ganemann, daß der Sozialdemokrat die Er-
nennung des Herrn Brauer als unzulässig ersehe. Eine solche
Ernennung ist eine ganz gewöhnliche Verleihung. Herr
Ganemann scheint diese Erklärung zu glauben. Es gibt nichts
in der Welt, das so dumme ist, daß es nicht geglaubt wird. (Beifall.)

Herr Wittenmann (Zentr.) dankt dem Abg. Ganemann für seine
Erklärung, daß die früheren Methoden bei der Beförderung
nicht noch bestehen. Herr Brauer ist uns gar nicht so wichtig, daß
wir uns mit ihm beschäftigen. Wir sind dem Landtag vorant-
wortlich, aber nicht dem Richteramt. Ich vermute es, wenn
Herrn unbedeutend sind, wenn sie nicht Landgerichtsdirektoren
werden. Aber ich kann diesen Schmerz nicht ändern.

Die Abstimmung über die Justizanträge

Der Besatz des Justizministeriums wird gemäß Aus-
schußbeschluss mit allen Stimmen bei Stimmenshaltung der Un-
abhängigen und Kommunisten genehmigt.

Ausführungsantrag: Die Regierung wird ersucht, bei der
Rechtsreform die bisherige Voraussetzung zum Studium der
Rechtswissenschaft und die bisherige Voraussetzung zur wis-
senschaftlichen und praktischen Befähigung zum Richteramt bei-
zubehalten. Der Antrag wird mit allen gegen die
Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommu-
nisten genehmigt.

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: Der Landtag
wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, dafür
einzutreten, daß bei der bevorstehenden Justizreform ge-
mäß Artikel 109 und 128 der Reichsverfassung die Frauen hin-
sichtlich der Zulassung zu Justizämtern aller Art und zur Rechts-
anwaltschaft den Männern völlig gleichgestellt werden. — Der
Antrag wird mit 39 Stimmen gegen 30 Stimmen der Sozial-
demokraten, Unabhängigen, Kommunisten und Frau Abgeord-
nete Benerle (Zentr.) abgelehnt.

Antrag von Abgeordneten des Zentrums: Der Landtag
wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden
Rechtsreform dahin zu wirken, daß die Frauen — abge-
sehen vom Amte eines Richters, oder Jugendrichters — zum
Amte eines Berufsrichters und zu denjenigen staatlichen Ämtern,
welche die Befähigung zum Richteramt als Voraussetzung
haben, nicht zugelassen werden. — Der Antrag wird mit 43
Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen, Kommunisten,
Demokraten, Liberalen Volkspartei und einigen Mitgliedern des
Zentrums gegen 28 Stimmen des Zentrums, der Deutschnatio-
nalen und des Landbundes abgelehnt.

Ausführungsantrag: Die Regierung wird ersucht, bei der
Rechtsreform vorzuschlagen zu werden, daß bei der bevorstehenden
Justizreform die Frauen 1. zum Amte eines Verbandsrichters,
Jugend- und Jugendgerichters sowie zu jeder ehrenamtlichen
Stellung in der Rechtspflege, ferner zu dem freien Berufe der
Rechtsanwaltschaft zugelassen werden; 2. nicht dagegen zu dem
Amte eines Berufsrichters im übrigen sowie zu sonstigen öffent-
lichen staatlichen Ämtern, für die die Vorbildung eines Richters
verlangt wird, zugelassen werden. — Der Antrag wird bei
Stimmenshaltung der übrigen Mitglieder vom Zentrum, der Sozial-
demokraten, dem Landbund, Liberalen Volkspartei und
Demokraten mit 45 Stimmen angenommen.

Antrag des Zentrums: Der Landtag wolle beschließen,
die Regierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Justizreform
alle eine Gleichstellung des bestehenden Ehegattungsrechts be-
stehenden Vorschläge abzulehnen und insbesondere dafür ein-
zutreten, daß im § 1608 B.G.B. der bisherige Grundtatbestand
beibehalten wird. — Der Antrag wird mit 39 Stimmen des Zentrums,
der Demokraten, Liberalen Volkspartei, der K.P.D., Richter
(K.P.D.), Schrant (K.P.D.), Waager (K.P.D.), Richter
(K.P.D.) und Wauer-Karlsruhe (K.P.D.) abgelehnt.

Ausführungsantrag: Die Regierung wird ersucht, bei der
Rechtsreform vorzuschlagen zu werden, daß bei der bevorstehenden
Justizreform das Ehegattungsrecht in folgender Richtung
geändert wird: Ein Ehegatte soll auf Scheidung klagen können,
wenn ohne sein Verschulden eine so tiefe Serrittung der Ehe
eingetreten ist, daß ihm die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet
werden kann. Der Nachweis, daß die Serrittung durch ein Ver-
schulden des anderen Teils herbeigeführt ist, soll aber bei der
Abgelung der Folgen der Auflösung der Ehe in Betracht kom-
men. Außerdem soll die Wiedereinrichtung der in Baden bis
zum Jahre 1900 in Geltung gebliebenen Ehegattungs-
aufhebung des Willens der Eheleute erlangen werden. —
Der Antrag wird mit 40 Stimmen gegen 32 Stimmen des Zentrums
und einigen Deutschnationalen angenommen.

Der Ehenotstand Dr. Wadner (Zentr.) um Aufnahme
von Bestimmungen des schweizerischen Ehegattungsrechts ist
zurückgezogen.

Antrag der deutschen Abgeordneten der Sozialdemokratie,
des Zentrums, der Demokraten und der Liberalen Volkspartei:
Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei
der bevorstehenden Justizreform für eine Verbesserung der recht-
lichen Stellung des unehelichen Kindes einzutreten und insbe-
sondere auf eine zeitgemäße Abänderung der §§ 1708 und 1717
B.G.B. hinzuwirken. — Der Antrag wird einstimmig ange-
nommen.

Die zum Justizetat eingegangenen Petitionen werden teils
der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen, teils als er-
weitert erklärt. Der Versuch mittlerer Justizbeamter bezüglich
Rechtsanwaltschaftliche Geschäfte wird der Regierung zur
Kenntnisnahme überwiesen.

Antrag der Kommunisten: Der Landtag wolle beschlie-
ßen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort die Frei-

lassung der politischen Gefangenen zu veranlassen und alle
schwebenden Kommunistenprozesse niederzuschlagen. — Der
Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

Unterrichts-Etat

Abg. Strobel (Soz.) berichtet namens des Ausschusses über
den Besatz des Unterrichtsministeriums. Die Kommission
beantragt Annahme des Etats. Der Etat der Wissenschaften
und Künste wird besonders behandelt. Die Regierung war be-
müht, die Erhöhung der Einnahmen der Hochschulen den Aus-
gaben anzupassen. Der Hochschuletat ist außerordentlich auf-
gestellt. Durch den Wegfall der Universtität Straßburg ist das
Mittelland schwer geschädigt. Der weitere Ausbau der Tech-
nischen Hochschule in Karlsruhe hat einem dringenden Bedürf-
nis ab. Den Lehrentialen kleinerer Städte drohen durch die
Teuerung gewisse Gefahren. Nachträglich wurden im Voran-
schlag weitere Mittel für Lehramtspraktikanten eingesetzt. Das
Verfahren nach einer deutschen Oberstufe entspricht dem Bil-
dungsbedürfnis. Sozialdemokratischerseits wurde die Aufbaue-
schule gefordert. Gemeinlich wurde, daß auch fernerhin der
ländlichen Bevölkerung der Zugang zum Lehrberufe ermög-
licht wird. An der Simultanschule wurde einstimmig festge-
halten. Für das neue Volkshochschulgesetz wurde der Antrag der
Schreiberschule genehmigt. Das neue Gesetz wird den derzeitigen
Verhältnissen angepaßt; die Lehrerschaft wird beigegeben. Die
Lehrmittelfreiheit läßt sich behaupten, wenn die jetzigen
Finanzverhältnisse nicht ganz durchfallen. Der Turnsport fand warme
Befürwortung, während der Fußballsport weniger Freunde zu
verzeichnen hatte.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.) befragt im Zusammenhang
mit dem Unterrichtsstat folgende förmliche Anfrage der drei
Koalitionsparteien: Ist die Regierung in der Lage, über den
Kall Below-Kontrovorsitz

an der Universtität Freiburg Auskunft zu geben? Sind Vor-
kehrungen getroffen um die Freiheit der Meinungsäußerung
der Lehrkräfte an den Hochschulen sicherzustellen?
Die Anfrage ist von der Regierung eingegeben, daß die abso-
lute Meinungsfreiheit beschritten werden soll.

Staatspräsident Hummel erklärt zum Kall B. Below-Kon-
troversitz, daß das Ministerium nur über zwei Punkte dieser
Frage zu unterrichten hatte. Der Freiburger Senat gab Herrn
Kantorowicz eine Rüge; hierzu hatte er keine Verfügung. Da
Herr Kantorowicz nicht im Beamtenverhältnis steht, ist die
Rüge nicht anwendbar. Herr Below ist im Beamtenverhältnis
nicht. Doch hat der Senat auch gegen Privatdozenten das
Recht zu machen. Den weiteren Punkt, daß der Herr
Kantorowicz die Meinungsfreiheit beschreiben wollen, be-
streitet der Senat. Ich gab einen Erlaß hinaus, worin sich die
Regierung als feste Stütze der freien Meinungsäußerung der sta-
mentlichen Freiheit bekennt. Hieron wurde Herr Kantorowicz
verurteilt. Weitere Vorgänge sind am 22. März nicht an das
Ministerium gelangt. Ich glaube, daß unsere Maßnahmen
einen gewissen Schutz der Meinungsfreiheit an den Uni-
versitäten darstellen.

Am 1. Uhr verläßt sich das Haus auf nachmittags 1/4 Uhr.

Von Württemberg wird uns mitgeteilt, daß in Stuttgart
eine Funktionär-Konferenz aller an Kampf beteiligten
Organisationen und Verwaltungsstellen stattfand. Die Konfe-
renz nahm einen außerordentlich harmonischen und einmütigen
Verlauf. Sämtliche Organisationsleiter erklärten ohne Aus-
nahme, daß sie bereit seien, auf der Grundlage des Vermit-
lungsvorschlages vom Reichsvereinsministerium den Kampf zu
brechen, unter der Voraussetzung, daß die übrigen Streitkräfte
— besonders die Sozialfrage — eine zufriedenstellende Er-
ledigung finden.

Heberzimmern wurde von sämtlichen Orten berichtet,
daß überall von vornherein der Vergleichsordnung des Stutt-
garter Oberbürgermeisters als keine geeignete Grundlage für
Verhandlungen betrachtet wird.

Aus dem oberwürttembergischen Gebiet wurde berichtet, daß eine
Abensburger Firma sich mit den Arbeitern verständigte und
dies dort am 2. Mai die Arbeit ausgenommen wurde. Die
Arbeitsaufnahme erfolgte unter folgenden Bedingungen: 1. Bei-
behaltung der 46-Stundenwoche; 2. Bezahlung der Feuerungs-
zulage nach dem Schiedspruch vom 24. Februar 1922; 3. Vom
Tage der Wiederaufnahme der Arbeit eine weitere Spitzenzulage
von 7 M pro Stunde. Zugleich verständigte sich die Firma, wenn
durch den Abschluß des Kampfes eine weitergehende Lohnrege-
lung erfolgt, diese rückwirkend für alle Arbeiter anzuwenden.

Bemerkenswert ist, was der Vertreter der Firma bei den
Verhandlungen äußerte, als er darauf hingewiesen wurde, woran
er sich überhaupt in diesen Kampf mit seinen Arbeitern ein-
gelassen habe. — Er habe zuerst der Aufforderung der Indus-
triellen — auszulernen — Folge geleistet, damit der Kampf
die Kosten der Gewerkschaften möglichst bald zu erschöpfen, zur
Durchführung gelange, damit der Streik möglichst bald seine
Erledigung finde. Er habe aber jetzt die Ueberzeugung gewon-
nen, daß die Führer der Organisationen die im Kampf stehenden
Leute viel zu weit in der Hand haben, so daß auf beiden Sei-
ten an eine Beendigung des Kampfes nicht zu denken wäre,
und insofern sei es der gewagte Versuch nun ist. Auf
alle Fälle hat dieser Unternehmer von menschlichen und wirt-
schaftlichen Standpunkt aus richtiger gehandelt, wie Hunderte
seiner Kollegen.

In der württembergischen Tagespresse erlassen die Metall-
industriellen große Instruktionen, in denen nach der letzten be-
kannten Art verurteilt wird, die Ausnahme der Arbeit in ihren Be-
trieben zu ermöglichen. Die Daimler Motorenfabrik, die
Wieslocherfabrik Leih in Feuerbach und andere verstanden an
ihre Arbeiter zu unterschreibende Erklärungen, daß sie bereit
sind, die Arbeit anzunehmen mit Freilicht. Wohl die über-
große Mehrzahl der erlassenen Zuschriften wanderten an die
Streikleitung und nicht an die Firmen zurück. Wo anders —
am Bodensee — erlassen die Unternehmer große Instruktionen,
daß sie ihre Betriebe geöffnet haben und die Arbeiter auffordern,
zur Arbeit zu erscheinen. Der Erfolg ist ein für die Firmen
durchaus ungünstiger. Die Instruktionen sind offen, aber die Leute
danken — und streiken weiter. Damit ist der Beschäftigungs-
versuch der Unternehmer endgültig gescheitert. Der Kampf geht
unverändert weiter.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Zum Kampf in der Metallindustrie

Von Württemberg wird uns mitgeteilt, daß in Stuttgart
eine Funktionär-Konferenz aller an Kampf beteiligten
Organisationen und Verwaltungsstellen stattfand. Die Konfe-
renz nahm einen außerordentlich harmonischen und einmütigen
Verlauf. Sämtliche Organisationsleiter erklärten ohne Aus-
nahme, daß sie bereit seien, auf der Grundlage des Vermit-
lungsvorschlages vom Reichsvereinsministerium den Kampf zu
brechen, unter der Voraussetzung, daß die übrigen Streitkräfte
— besonders die Sozialfrage — eine zufriedenstellende Er-
ledigung finden.

Heberzimmern wurde von sämtlichen Orten berichtet,
daß überall von vornherein der Vergleichsordnung des Stutt-
garter Oberbürgermeisters als keine geeignete Grundlage für
Verhandlungen betrachtet wird.

Aus dem oberwürttembergischen Gebiet wurde berichtet, daß eine
Abensburger Firma sich mit den Arbeitern verständigte und
dies dort am 2. Mai die Arbeit ausgenommen wurde. Die
Arbeitsaufnahme erfolgte unter folgenden Bedingungen: 1. Bei-
behaltung der 46-Stundenwoche; 2. Bezahlung der Feuerungs-
zulage nach dem Schiedspruch vom 24. Februar 1922; 3. Vom
Tage der Wiederaufnahme der Arbeit eine weitere Spitzenzulage
von 7 M pro Stunde. Zugleich verständigte sich die Firma, wenn
durch den Abschluß des Kampfes eine weitergehende Lohnrege-
lung erfolgt, diese rückwirkend für alle Arbeiter anzuwenden.

Bemerkenswert ist, was der Vertreter der Firma bei den
Verhandlungen äußerte, als er darauf hingewiesen wurde, woran
er sich überhaupt in diesen Kampf mit seinen Arbeitern ein-
gelassen habe. — Er habe zuerst der Aufforderung der Indus-
triellen — auszulernen — Folge geleistet, damit der Kampf
die Kosten der Gewerkschaften möglichst bald zu erschöpfen, zur
Durchführung gelange, damit der Streik möglichst bald seine
Erledigung finde. Er habe aber jetzt die Ueberzeugung gewon-
nen, daß die Führer der Organisationen die im Kampf stehenden
Leute viel zu weit in der Hand haben, so daß auf beiden Sei-
ten an eine Beendigung des Kampfes nicht zu denken wäre,
und insofern sei es der gewagte Versuch nun ist. Auf
alle Fälle hat dieser Unternehmer von menschlichen und wirt-
schaftlichen Standpunkt aus richtiger gehandelt, wie Hunderte
seiner Kollegen.

In der württembergischen Tagespresse erlassen die Metall-
industriellen große Instruktionen, in denen nach der letzten be-
kannten Art verurteilt wird, die Ausnahme der Arbeit in ihren Be-
trieben zu ermöglichen. Die Daimler Motorenfabrik, die
Wieslocherfabrik Leih in Feuerbach und andere verstanden an
ihre Arbeiter zu unterschreibende Erklärungen, daß sie bereit
sind, die Arbeit anzunehmen mit Freilicht. Wohl die über-
große Mehrzahl der erlassenen Zuschriften wanderten an die
Streikleitung und nicht an die Firmen zurück. Wo anders —
am Bodensee — erlassen die Unternehmer große Instruktionen,
daß sie ihre Betriebe geöffnet haben und die Arbeiter auffordern,
zur Arbeit zu erscheinen. Der Erfolg ist ein für die Firmen
durchaus ungünstiger. Die Instruktionen sind offen, aber die Leute
danken — und streiken weiter. Damit ist der Beschäftigungs-
versuch der Unternehmer endgültig gescheitert. Der Kampf geht
unverändert weiter.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Dieht man die Lehre aus diesen Tatsachen, so ist festzu-
stellen, daß trotz wiederholter Demütis seitens der Metallindus-
triellen, nicht alles so ist, wie es nach außen glauben machen
wollen. In dem Streiken mit allen möglichen Mitteln freie-
nde Arbeiter zum Vertrauen an ihren Kollegen zu verleiten, nur
damit die Arbeit in ihren Betrieben aufgenommen werden kann,
damit ungenügend die Bewusstheit in ihren Reihen zum Aus-
druck. In der Einmütigkeit und Geschlossenheit aber der frei-
stehenden Arbeiter in ihrer Auffassung über das bilateralistische Ver-
fahren der Metallindustriellen, die sozialen Erzeugnisse zu
besitzen und den Unternehmensgeist wieder einzuführen,
werden alle bisherigen Versuche, die Streikenden zu zerpfücken,
scheitern, mögen sie nun unternehmen werden wann und wo
sie wollen. In Wirklichkeit sind aber diese Versuche der Me-
tallindustriellen nichts anderes als Symptome des Verfalls im
ihrem Lager.

Wie die „Münchener Post“ mittels, sind von bayerischen
Sozialministern auf den 10. Mai neue Vergleichsbedingungen
angelegt worden.

Maisfer und Kleingartenpächter

Wir erhalten die folgende Zuschrift:

Als Vorsitzender des Vereins der Kleingartenpächter Mari-
ruhe e. V., habe ich zu erklären, daß Herr Weber nur seine An-
sicht und die derjenigen Kleingartenpächter zum Ausdruck ge-
bracht hat, die gleich ihm an der Maisfer sich nicht beteiligt
haben. Mir ist nicht bekannt, daß der Verein in dieser Frage
Stellung genommen und Herrn Weber zu einer Antwort an
den „Vollstrecker“ beauftragt hat. Unser Verein macht selbst-
verständlich keinem Mitglied Vorschriften, wie es sich zum 1.
Mai oder sonst zu verhalten hat, weil dem Verein Mitglieder
aller Parteien und aller Schichten der Bevölkerung angehören.
Aber ich bin — und mit mir sicherlich alle kassenbewußten Ar-
beiter — der Ansicht, daß jeder erntende Arbeiter mit auf
der Gut sein muß, daß uns der Achtundzestig nicht gerächt
wird. Darum hat m. E. jeder kassenbewußte Arbeiter die mo-
ralische Verpflichtung, für die Erhaltung auch des Maisfer-
tages einzutreten. Offen auf der Straße, durch machbare
Demonstrationen muß man den Gegnern des Proletariats zei-
gen, daß wir Arbeiter energisch und konsequent zu handeln bereit
sind. Wenn wir wieder zehn und gar mehr Stunden täglich
arbeiten müßten, käme auch in der Hauptphase unsere Tätig-
keit in den Kleingärten ein Ende.

R. Wäflner,

Vorstand des Vereins der Kleingartenpächter e. V.

Da Herr Weber in seiner Zuschrift nicht nur angab, im
Auftrage des Vereins zu handeln, sondern auch den Vereins-
stempel dabei benutzte, mußten wir natürlich annehmen, daß es
sich um eine Kundgebung des Vereins handelte. Wir haben
aber sofort Zweifel erhoben, ob alle Mitglieder mit dem Inhalt
der Behauptungen einverstanden sein werden. Im über-
gen stimmen wir den Darlegungen des Genossen Wäflner zu
und hoffen, daß aus den diesjährigen Vorkäufen bei der Mais-
fer alle politisch zu uns gehörenden Kleingartenpächter die er-
forderliche und gebotene Lehre ziehen werden. Dann hat diese
Auseinandersetzung gutes gefehlet, was natürlich auch der Zweck
war, als sie eingeleitet worden ist.

Badenwerk - Rheinelektra

Die Direktion der Rheinelektra in Mannheim schreibt uns
zu dem in der Nr. 88 gedruckten Artikel folgendes: Der Ver-
fasser des Artikels in Nr. 88 geht von ganz unzutreffenden
Annahmen aus. Er schreibt: Bekanntlich ist das Badenwerk
ein halb staatliches Unternehmen, d. h. der hadi-
sche Staat ist als Aktionär mit einer Anzahl Aktien beteiligt.
In Wirklichkeit ist das Badenwerk ein rein staatliches Unter-
nehmen, das aus Zweckmäßigkeitsgründen in die Form einer Aktien-
gesellschaft gelehrt wurde. Der Staat besitzt sämtliche Aktien.
Bei dieser Sachlage ist die Schlussfolgerung, daß das Unter-
nehmen den Händen des Staates ganz entwunden und der Privat-
wirtschaft zugehoben werde, eine Sinnlosigkeit.

Nichtig in dem Artikel ist, daß eines der beiden Vorstands-
mitglieder des Badenwerks — Herr Direktor Helmle — früher
in Diensten unserer Gesellschaft stand. Herr Helmle war bereits
als technischer Leiter der mittelhessischen Elektrizitätsversorgung
vorgesehen, als diese in Gestalt eines gemischtwirtschaftlichen
Unternehmens durch den Staat, die größeren Städte und zwei
Elektrizitätsgesellschaften durchgeführt werden sollte. Dieser
Plan scheiterte. An seine Stelle trat die rein staatliche Un-
ternehmung. Herr Helmle wurde nun vom Staat aufgefordert,
das ihm zugeordnete Amt auch bei der staatlichen Unter-
nehmensform anzunehmen. Er trat an seine große Aufgabe ohne
irgendwelche Hilfskräfte heran und mußte demgemäß alsbald
daran gehen, sich eine Organisation zu schaffen. Dabei wählte
er sich aus dem Kreis der ihm bekannten Beamten unserer
Gesellschaft tüchtige Kräfte aus und veranlaßte sie, in den Diensten
des Staates überzutreten. Wir haben gegen dieses Verfahren
des Herrn Helmle wiederholt schriftlich und mündlich Protest
erhoben; zuletzt auch wegen der Uebernahme des Herrn Helmle
in Rauberbücherei. Dieser Fall veranlaßte uns, Herrn Helmle
zu erklären, daß wir bei einer Wiederholung solcher Vorgänge
Gegenmaßnahmen ergreifen müßten.

Badenwerk - Rheinelektra

Die Direktion der Rheinelektra in Mannheim schreibt uns
zu dem in der Nr. 88 gedruckten Artikel folgendes: Der Ver-
fasser des Artikels in Nr. 88 geht von ganz unzutreffenden
Annahmen aus. Er schreibt: Bekanntlich ist das Badenwerk
ein halb staatliches Unternehmen, d. h. der hadi-
sche Staat ist als Aktionär mit einer Anzahl Aktien beteiligt.
In Wirklichkeit ist das Badenwerk ein rein staatliches Unter-
nehmen, das aus Zweckmäßigkeitsgründen in die Form einer Aktien-
gesellschaft gelehrt wurde. Der Staat besitzt sämtliche Aktien.
Bei dieser Sachlage ist die Schlussfolgerung, daß das Unter-
nehmen den Händen des Staates ganz entwunden und der Privat-
wirtschaft zugehoben werde, eine Sinnlosigkeit.

Nichtig in dem Artikel ist, daß eines der beiden Vorstands-
mitglieder des Badenwerks — Herr Direktor Helmle — früher
in Diensten unserer Gesellschaft stand. Herr Helmle war bereits
als technischer Leiter der mittelhessischen Elektrizitätsversorgung
vorgesehen, als diese in Gestalt eines gemischtwirtschaftlichen
Unternehmens durch den Staat, die größeren Städte und zwei
Elektrizitätsgesellschaften durchgeführt werden sollte. Dieser
Plan scheiterte. An seine Stelle trat die rein staatliche Un-
ternehmung. Herr Helmle wurde nun vom Staat aufgefordert,
das ihm zugeordnete Amt auch bei der staatlichen Unter-
nehmensform anzunehmen. Er trat an seine große Aufgabe ohne
irgendwelche Hilfskräfte heran und mußte demgemäß alsbald
daran gehen, sich eine Organisation zu schaffen. Dabei wählte
er sich aus dem Kreis der ihm bekannten Beamten unserer
Gesellschaft tüchtige Kräfte aus und veranlaßte sie, in den Diensten
des Staates überzutreten. Wir haben gegen dieses Verfahren
des Herrn Helmle wiederholt schriftlich und mündlich Protest
erhoben; zuletzt auch wegen der Uebernahme des Herrn Helmle
in Rauberbücherei. Dieser Fall veranlaßte uns, Herrn Helmle
zu erklären, daß wir bei einer Wiederholung solcher Vorgänge
Gegenmaßnahmen ergreifen müßten.

Badenwerk - Rheinelektra

Die Direktion der Rheinelektra in Mannheim schreibt uns
zu dem in der Nr. 88 gedruckten Artikel folgendes: Der Ver-
fasser des Artikels in Nr. 88 geht von ganz unzutreffenden
Annahmen aus. Er schreibt: Bekanntlich ist das Badenwerk
ein halb staatliches Unternehmen, d. h. der hadi-
sche Staat ist als Aktionär mit einer Anzahl Aktien beteiligt.
In Wirklichkeit ist das Badenwerk ein rein staatliches Unter-
nehmen, das aus Zweckmäßigkeitsgründen in die Form einer Aktien-
gesellschaft gelehrt wurde. Der Staat besitzt sämtliche Aktien.
Bei dieser Sachlage ist die Schlussfolgerung, daß das Unter-
nehmen den Händen des Staates ganz entwunden und der Privat-
wirtschaft zugehoben werde, eine Sinnlosigkeit.

Nichtig in dem Artikel ist, daß eines der beiden Vorstands-
mitglieder des Badenwerks — Herr Direktor Helmle — früher
in Diensten unserer Gesellschaft stand. Herr Helmle war bereits
als technischer Leiter der mittelhessischen Elektrizitätsversorgung
vorgesehen, als diese in Gestalt eines gemischtwirtschaftlichen
Unternehmens durch den Staat, die größeren Städte und zwei
Elektrizitätsgesellschaften durchgeführt werden sollte. Dieser
Plan scheiterte. An seine Stelle trat die rein staatliche Un-
ternehmung. Herr Helmle wurde nun vom Staat aufgefordert,
das ihm zugeordnete Amt auch bei der staatlichen Unter-
nehmensform anzunehmen. Er trat an seine große Aufgabe ohne
irgendwelche Hilfskräfte heran und

